

## **Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine von fjp>media**

### **1.1 Wie will Ihre Partei zukünftig den Aufbau und die Weiterentwicklung von Schülerzeitungen und anderen Jugendmedien fördern?**

Schülerzeitungen sind ein wichtiger Bestandteil der Schulkultur. Sie tragen zu einer differenzierten Meinungsbildung bei, fördern Kreativität, Schreibe- und Lesemotivation, machen Schüler\*innen selbst zu Meinungsmacher\*innen u.v.m. Der Aufbau von Schülerzeitungen und die Weiterentwicklung digitaler Schülerzeitungen ist Bestandteil der Medienbildung in der Schule. Insbesondere im Bereich der Medienbildung setzen wir auf einen erheblichen Ausbau der Beratungs- und Fortbildungskapazitäten für das Lehrpersonal der Schulen im Land.

### **1.2 Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei als zielführend an, um insbesondere den Ausbau digitaler Schülerzeitungen voranzubringen?**

Zunächst wollen wir dafür Sorge tragen, dass die Schulen in Sachsen-Anhalt schnelle Glasfaseranschlüsse für ein leistungsfähiges Internet erhalten. DIE LINKE will sicherstellen, dass jede/r Schüler\*in über ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang verfügt.

### **1.3 Wie steht Ihre Partei zu Einführung einer neutralen Clearingstelle bei Konflikten zwischen Schulleitungen bzw. Lehrer\*innen und Redaktionen bzw. Mitarbeiter\*innen von Schülerzeitungen?**

Eine neutrale Clearingstelle wäre eine gute Möglichkeit, die Entwicklung von Schülerzeitungen durch die Klärung von Konflikten konstruktiv zu begleiten. Es müsste geklärt werden, wo eine solche Clearingstelle anzusiedeln wäre, wer sie besetzen und wie sie arbeiten soll und welche Kompetenzen ihr zugewiesen werden. Dazu sind wir gern zu Gesprächen bereit.

### **2.1 Wie will Ihre Partei dem Fachkräftemangel in den Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit begegnen?**

Um Kürzungen und Reduzierungen im Bereich § 31 KJHG LSA zumindest teilweise zu kompensieren, setzt sich DIE LINKE für eine Erhöhung des Landesanteils um mindestens 500.000 € ein. Wir wollen weiterhin eine Dynamisierung dieser Mittel um 2,5 Prozent pro Jahr. Um Nachteile des ländlichen Raumes ggü. den kreisfreien Städten auszugleichen, unterstützt DIE LINKE die Forderung des KJR nach der Einführung eines Flächenfaktors bei der Verteilung der Mittel.

### **2.2 Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für eine bessere strukturelle Ausstattung von Jugendverbänden?**

DIE LINKE will sich für eine bessere Planungs- und Finanzierungssicherheit für Jugendverbände einsetzen. Das soll durch überjährige Zuwendungsbescheide, vereinfachte Abrechnungsverfahren beispielsweise durch die Verwendung von Budgets und tarifgerechte Leistungsbeschreibungen und Eingruppierungen erreicht werden.

### **2.3 Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass in den Jugendverbänden ehrenamtlich Engagierte kostenfreie Möglichkeiten von Fortbildung erhalten?**

Ehrenamtlich tätigen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dürfen durch ihr Engagement keine Nachteile entstehen. Mit unserem Kinder- und Jugendteilhabegesetz haben wir Schritte in diese Richtung gemacht. Da das Gesetz schon etwas älter ist, müssen Regelungen aktualisiert und der Adressat\*innenkreis erweitert werden. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes will DIE LINKE u.a. auch die Grundlage für kostenfreie Fortbildungen für ehrenamtlich Tätige schaffen. Auch im Rahmen der weiteren Arbeit an der Engagementstrategie des Landes muss dieses Thema auf der Tagesordnung bleiben.

### **2.4 Wie steht Ihre Partei zu der vom Kinder- und Jugendring und seinen Mitgliedsverbänden geforderten Einführung einer neuen Förderkategorie „Referent\*innen der Jugendverbandsarbeit“ als optionale Alternative zur Förderung von Jugendbildungsreferent\*innen?**

Dieser Vorschlag ist bereits im Landesjugendhilfeausschuss thematisiert worden. DIE LINKE unterstützt diesen Gedanken grundsätzlich. Es muss jedoch gemeinsam mit den Jugendverbänden geprüft werden, welche Auswirkungen die Einführung einer solchen Förderkategorie, die institutionellen Charakter hat, auf die Förderbedingungen der Jugendverbände haben kann. Dieser, und auch die weiteren Punkte, die die Mitglieder des KJR beschlossen haben, sollten Eingang in die Evaluation der Richtlinie im nächsten Jahr finden.

### **2.5 Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie, junge Menschen an den Entscheidungen von Politik und Verwaltung auf Landesebene dauerhaft und wirkungsvoll zu beteiligen?**

Wir wollen durch ein Herabsetzen des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre junge Menschen an der Demokratie beteiligen und ihnen ermöglichen, ihr Umfeld mitzugestalten. Um über Themen junger Menschen zu sprechen, haben wir in der 7. Legislaturperiode eine Veranstaltung mit den Jugendverbänden, dem Rechtswissenschaftler Reinhard Wiesner, dem Landesrechnungshof und der Verwaltung initiiert.

Die Vorschrift des § 80 KVG ist als Soll-Vorgabe formuliert. Dies ist aus Sicht der LINKEN nicht zwingend genug und muss daher in Zukunft strenger gefasst werden. Bereits 2014 hat DIE LINKE ein unter breiter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Fachverbänden erarbeitetes Kinder- und Jugendteilhabegesetz in den Landtag eingebracht. Damit konnten wir in Bezug auf die Landesverfassung und das KVG zumindest Teilerfolge erzielen. Wir halten ein eigenes Teilhabegesetz für Kinder und Jugendliche auch in Zukunft für notwendig.

### **2.6 Welche Maßnahmen und Schritte wird Ihre Partei ergreifen, um landespolitische Themen jugendgerecht zu kommunizieren und jugendspezifische Themen in die Landespolitik zu transferieren?**

DIE LINKE nimmt die Anliegen der Jugend sehr ernst und sucht den engen Dialog zu den Fachkräften und Expert\*innen der Kinder- und Jugendhilfe, wozu u.a. die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses ebenso gehört. Schon seit langer Zeit fordert DIE LINKE eine automatische Teilnahme des Landesjugendhilfeausschusses mit beratender Stimme an den Sitzungen der Ausschüsse des Landtages, sofern kinder- und jugendpolitische Themen behandelt werden. Auch so kann das Transferieren jugendpolitischer Belange in die Landespolitik gelingen. Der Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung setzt voraus, dass Politik, Verwaltung und „Erwach-

senengesellschaft“ angemessene Formen der Ansprache und Kommunikation entwickeln und anbieten, die jugendgerecht sind und junge Menschen ansprechen. Hierzu ist aber auch die Unterstützung der Jugendverbände erforderlich.

### **3.1 Wie wird Ihre Partei darauf hinwirken, dass die digitale Jugendagenda aktiv in die Digitale Agenda des Landes eingebunden und als Bestandteil dieser anerkannt, fortgeschrieben und weiterentwickelt wird?**

Die digitale Jugendagenda stellt die Perspektive junger Menschen auf die fortschreitende Digitalisierung vor und entwickelt in den Themenfeldern schulische und außerschulische Bildung, Familie und Freizeit, Infrastruktur, Demokratie, Wissenschaft und Wirtschaft sowie Medien umfangreiche Forderungen. Die Jugendagenda ist vom Land beauftragt und muss als solche mit der Digitalen Agenda des Landes abgeglichen werden. Die Digicamps 2018 und 2019 haben sich methodisch offensichtlich bewährt, um Ideen und Forderungen junger Menschen zusammenzutragen. DIE LINKE will die Steuerung der gesamten Digitalisierung im Land in einem Ministerium konzentrieren. Hier muss die Koordination aller Digitalisierungsbereiche erfolgen und sichergestellt werden.

### **3.2 Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass junge Menschen in den Digitalisierungsbeirat berufen werden?**

Wir halten es für dringend notwendig, die Perspektiven junger Menschen auf die fortschreitende Digitalisierung im Digitalisierungsbeirat nicht nur zur berücksichtigen, sondern den jungen Menschen auch einen festen Platz in dem Beirat zu gewähren. Wir werden uns dafür einsetzen.

### **3.3 Welche konkreten Schritte und Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene eine zusätzliche und ausreichende Finanzierung der technischen Ausstattung, eine geförderte Qualifikation von Fachkräften und die Entwicklung von Normen zum Daten- und Jugendschutz sicher zu stellen?**

### **3.4 Welche Summe soll nach Auffassung Ihrer Partei für eine solche Digitalisierungsstrategie für die Kinder- und Jugendhilfe im Landeshaushalt eingestellt werden?**

Es lässt sich schwer abschätzen, welche Summe für eine Digitalisierungsstrategie für die Kinder- und Jugendhilfe im Landeshaushalt auskömmlich wäre. Aus diesem Grund möchten wir gemeinsam mit den Jugendverbänden eine Bedarfsanalyse durchführen. Darüber hinaus stehen wir der Forderung des KJR zur Einführung einer neuen Förderkategorie „Referent\*innen der Jugendverbandsarbeit“ offen gegenüber.

### **3.5 Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei die ebenfalls vom Landesjugendhilfeausschuss empfohlene Entwicklung eines „Zentrums für digitale Jugendarbeit“ als Modell- und Transferstelle für die Jugendarbeit fördern und voranbringen?**

Um die Entwicklung eines „Zentrums für digitale Jugendarbeit“ zu befördern, möchten wir in der 8. Legislatur mit den Jugendverbänden in Austausch treten, um konkrete Handlungsschritte zu erarbeiten.

### **4.1 Welche Ansätze und Maßnahmen plant Ihre Partei, um Hassrede in den Feldern Resilienz, Prävention, Betroffenenberatung und Strafverfolgung wirksamer zu begegnen?**

DIE LINKE hält die Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus, LSBTQ- und Frauenfeindlichkeit oder andere Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit für den vordringlichsten Punkt zum Schutz unserer demokratischen Verfasstheit und zum Schutze aller hier lebenden Menschen. Hate Speech ist hierbei ein Faktor, der mit der Entwicklung der Social-Media-Foren leider an großer Bedeutung gewonnen hat. Wir wollen einen deutlichen Ausbau der Antidiskriminierungsstellen (ADS) und halten es für angemessen, hier jeweils mehrere adäquat bezahlte Stellen abzusichern und so auch die regionale Zuständigkeit in unserem Flächenland zu erweitern. Neben der elementaren direkten Beratungs- und Unterstützungstätigkeit für die von Diskriminierung und/oder Hate Speech betroffenen Menschen geht es uns zudem um den Ausbau der präventiven Arbeit: die allgemeine gesellschaftliche Sensibilisierung und die Weiterbildungs- und Beratungsangebote für öffentliche Institutionen und für die Schulen. Für eine kontinuierliche Beratungsarbeit muss es einen Wechsel von der projektgebunden hin zu einer institutionellen Förderung geben.

DIE LINKE tritt zudem für ein Landesantidiskriminierungsgesetz nach dem Berliner Vorbild ein, das die Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließt. Dieses soll folgende Schutzziele forcieren: Schutz vor rassistischer Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, eines Übergewichts, des Lebensalters, der sexuellen Identität und des sozialen Status. Die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, wie in Berlin, wollen wir prüfen. Auf Bundesebene wollen wir uns für eine entsprechende Novellierung des AGG einsetzen.

#### **4.2 Wie steht Ihre Partei zum Aufbau einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft und einer zentralen Meldestelle für Betroffene von Hass im Netz in Sachsen-Anhalt?**

DIE LINKE hält die Einrichtung einer unabhängigen Meldestelle für Hate Speech aufgrund des massiven Problems schlicht für notwendig. Alle von Hate Speech betroffene Menschen - insbesondere eben auch Jugendliche und junge Erwachsene - brauchen eine solche Meldestelle, an die sie sich vertrauensvoll wenden können. Die Einrichtung einer solchen Meldestelle muss entsprechend gut von allen relevanten Akteur\*innen, wie etwa den Schulen, beworben werden.

Für die Verfolgung bestimmter schwerwiegender Strafsachen, einschließlich deren Strafvollstreckung, wollen wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit landesweiter Ermittlungsbefugnis einrichten. Dies ist vor allem in den Bereichen Rechtsextremismus und Gewalt gegen Frauen nötig. Dabei unterstützen wir auch den Aufbau einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zum Schwerpunkt Hate Speech. Gleichzeitig muss der Bereich Hate Speech bei Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei in Sachsen-Anhalt zu einem Schwerpunkt der Aus- sowie Weiterbildung werden. Zudem unterstützt DIE LINKE. Sachsen-Anhalt den Einsatz von hauptamtlichen und für diese Position ausgebildete Ansprechpersonen bei der Polizei für Opfer von Hate Speech.

#### **4.3 Unterstützt Ihre Partei das u.a. in Nordrhein-Westfalen erprobte Modell einer Vereinbarung zwischen Medienschaffenden, Beratungsstellen und Polizei zur Bearbeitung von Hasspostings?**

Eine Vereinbarung zwischen Medienschaffenden, Beratungsstellen und Polizei zur Bearbeitung von Hasspostings ist aus Sicht der LINKEN. Sachsen-Anhalt unbedingt zu unterstützen. Im Zusammenhang mit dem Modell aus Nordrhein-Westfalen sind uns die Einrichtung der Medienscouts bei der dortigen Landesanstalt für Medien sowie die Aktionstage gegen Hassposting bekannt. Wir gehen davon aus, dass wir in Sachsen-Anhalt von dieser Erfahrung profitieren können.

**5.1 Mit welchen konkreten Maßnahmen will Ihre Partei die altersgerechte Medienbildung bereits in der pädagogischen Arbeit der Kita und der Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte voranbringen?**

**5.2 Welche Schritte sind aus Sicht Ihrer Partei notwendig, um im Bildungsprogramm für Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ ein konkretes Handlungsfeld zur Medienpädagogik zu verankern?**

**5.3 Wie können Fachkräfte aus Ihrer Sicht bei der alltagsintegrierten Bewältigung medienpädagogischer Anforderungen (und weiterer Bildungsbereiche) unterstützt werden (Fortbildungszeiten, interdisziplinäre Teams, verträgliche Fachkraft-Kind-Relation usw.)?**

DIE LINKE unterstützt den Auf- und Ausbau medienpädagogischer Arbeit in der frühkindlichen Bildung. Wissen und Kompetenz der Fachkräfte sind dafür Voraussetzung. Dafür sind die Curricula der Ausbildungsgänge der zur Arbeit in den Kitas zugelassenen Fachkräfte ebenso zu überarbeiten, wie das Bildungsprogramm „Bildung elementar“. Dies kann nur in engem Dialog mit den zuständigen Akteur\*innen und Expert\*innen gelingen. Ganz praktisch können wir uns nach dem Beispiel des „Medienkoffers Geschlechtervielfalt“ des KgKJH auch die Schaffung eines „Medienkoffers Medienkompetenz“ vorstellen, der die alltägliche Arbeit in den Kitas unterstützen kann. Ebenso wird das Vorhalten einer entsprechenden technischen Ausstattung in den Kindertageseinrichtungen notwendig sein. Diese Kosten müssen in den Entgeltvereinbarungen geltend gemacht werden.

DIE LINKE hat in der Vergangenheit umfangreiche Änderungsgesetze zum Kinderförderungsgesetz erarbeitet. Dabei streben wir u.a. eine schrittweise Verbesserung der tatsächlichen Betreuungsrelation an, um Gruppengrößen zu reduzieren und mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung der Bildungsarbeit in den Kitas zur Verfügung zu stellen. In diesem Rahmen kann auch die medienpädagogische Arbeit verstärkt werden.

**6.2 Wie wird Ihre Partei sich für landesweite Standards und eine daran ausgerichtete ausreichende und verlässliche personelle Ausstattung der Jugendschutzverantwortlichen bei den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe in den Landkreisen und kreisfreien Städten einsetzen?**

**6.3 Wird Ihre Partei sich für die durch den Landesjugendhilfeausschuss angeregte Kooperationsvereinbarung zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz zwischen den Ministerien für Arbeit, Soziales und Integration, für Bildung, für Inneres und Sport, für Justiz und Gleichstellung und den kommunalen Spitzenverbänden als Grundlage für den landesweiten Kinder- und Jugendschutz sowie als Handlungsleitfaden für die örtliche Ebene einsetzen?**

Die Evaluation der AG KJHG LSA hat u.a. erhebliche Schwächen im Bereich des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes offengelegt. DIE LINKE nimmt diese Befunde ernst und wird daran arbeiten, die Situation zukünftig zu verbessern. Welche Instrumente dafür nötig sind, Kooperationsvereinbarungen, landesweite Standards oder andere Schritte, hängt von deren Wirksamkeit ab.

DIE LINKE hält es für dringend geboten, dass die Situation des Jugendschutzes im Rahmen der anstehenden Evaluation der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes“ thematisiert und verbessert wird.